

Sprechzettel von Ferdinand Dürr, Leiter Klimapolitik beim Kampagnen-Netzwerk Campact

Über Campact: Campact organisiert bundesweit Kampagnen, mit denen Menschen sich via Internet in aktuelle sozial- und umweltpolitische Entscheidungen einmischen können. Verknüpft über den Campact-Newsletter ist in den letzten fünf Jahren ein Netzwerk von über 190.000 Menschen entstanden. Weitere Informationen: www.campact.de

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

es mutet an wie in einem schlechten Polit-Thriller: Während die schwarz-gelbe Bundesregierung auf der Weltklimakonferenz in Kopenhagen versucht, die Welt davon zu überzeugen, stärkere Anstrengungen zum Schutz des Klimas zu übernehmen, streicht die schwarz-gelbe Regierungskoalition in NRW auf betreiben der Landesregierung den Klimaschutz kurzerhand aus dem Gesetz. Und warum das ganze? Einzig, um die Bedingungen zu schaffen, den gerichtlichen Baustopp eines – ganz offensichtlich – rechtswidrig genehmigten Kohlekraftwerks umgehen zu können. Es ist diese Form der dreisten Kumpanei zwischen dem Energiekonzern E.on und der Landespolitik in NRW, die viele Menschen im Land auf die Palme bringt – keineswegs nur notorische Umweltschützer, sondern auch Menschen, die hoffen, dass vor dem Gesetz alle gleich sind, und dass sich die Politik um die Interessen der Gesellschaft kümmert und nicht nur für die Profit-Interessen eines Energiekonzerns.

Diese Mischung macht es möglich, dass binnen einer Woche über 50.000 Menschen einen Appell an die Landesregierung unterschreiben, der fordert: „Keine Lex E.on!“ Mit unserem Online-Appell, den wir erst letzte Woche gemeinsam mit dem BUND und mit Unterstützung der Deutschen Umwelthilfe, der Klima-Allianz, Oxfam und dem Online-Portal Wir-Klimaretter gestartet haben, fordern wir Herrn Rüttgers und seine Landesregierung auf, das Gemeinwohl nicht zugunsten der Rendite der Energiewirtschaft aufzugeben.

Die Dreistigkeit dieses Gesetzentwurfs und die Dringlichkeit des Themas lässt hunderte Menschen aber noch weiter gehen, also nur ihre elektronische Unterschrift zu leisten. Letzte Woche, als der Gesetzentwurf im Wirtschaftsausschuss beraten wurde, kamen spontan fast fünfzig Menschen zum Landtag, um gegen die Streichung sämtlicher Klimaschutz-Ziele aus dem LEPro zu protestieren – informiert am Abend zuvor. Und seit gestern griffen hunderte Menschen zum Telefonhörer, um sich bei ihren Landtagsabgeordneten und bei den NRW-Spitzenpolitikern zu beschweren, dass die Position der Bundesregierung bei den Klimaverhandlungen geschwächt wird, wenn dieses Gesetz einfach so durchgewunken wird. Wir haben die Telefonnummern der Politiker/innen, die sonst ja gerne mit ihren Wähler/innen in Kontakt treten – der Ministerpräsident befindet sich ja bekanntlich gerade auf „Zuhör-Tour“ durch das Land – auf unserer Seite veröffentlicht und die Menschen gebeten zu berichten, was sie in Erfahrung bringen. Die Reaktionen hören sich dann etwa so an: „Gegenwärtig viele Anschlüsse besetzt, bei einer Nummer wurde nach Vortragen meines Anliegen kommentarlos aufgelegt.“ Oder: „Leider wollte Herr Schulte nicht mehr mit mir reden, weil er bereits kurz zuvor eine 3/4 Stunde mit meinem Voranrufer diskutiert hatte. Er hat das Gespräch leider durch Trennen der Verbindung beendet ohne die allgemein üblichen Höflichkeitsformen einzuhalten. Jedoch unterstützt er das Vorhaben weiterhin.“ Einige der Kommentare habe ich Ihnen hier ausgedrückt.

Bei diesen Protesten handelt es sich keineswegs nur um einige wenige Menschen. Campact hat letzte Woche bei Emnid eine Umfrage unter 500 Menschen aus NRW in Auftrag gegeben.

Die Ergebnisse hierzu erhalten wir in diesen Minuten. Doch schon gestern zeichnete sich folgender Trend ab: Rund zwei Drittel der Einwohner/innen halten die Streichung des § 26 LEPro für falsch, nur ein Viertel für richtig. Das zeigt, dass auch im Energieland NRW die Menschen verstehen, dass die Zukunft nicht bei ineffizienten, klimaschädlichen Großkraftwerken liegt, sondern der Vorrang einheimischer und erneuerbarer Energieträger und die Ausschöpfung von Einsparpotentialen und Kraft-Wärme-Kopplung die richtige Richtung weist.

Eine zweite Frage zielte darauf ab, die Zustimmungsraten zum Kohlekraftwerk Datteln auszuloten. Gemäß der Vorabergebnisse halten 60 Prozent der Menschen in NRW den Baustopp in Datteln angesichts des notwendigen Klimaschutzes für richtig. Offenbar glauben nur 30 Prozent den Erzählungen der Kohlelobby, neue Kohlekraftwerke würden einen Beitrag zum Klimaschutz darstellen. Es wird Zeit, dass das Umdenken in der Energiepolitik – weg von schmutzigen Kohlekraftwerken, hin zu erneuerbaren Energien – sich auch im Landtag und auch in der Landesregierung durchsetzt! Die Damen und Herren im Landtag müssen endlich verstehen, dass sie sich mit der Streichung von § 26 LEPro in die energiepolitische Sackgasse manövrieren. Die Politik, die hier gerade durchgezogen werden soll, entspricht keineswegs dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung.

Ich habe hier einige Exemplare der Vorab-Ergebnisse für Sie, hier ist auch die Internetadresse vermerkt, unter der Sie die endgültigen Daten finden können.

Wenn morgen der Landtag über die Änderung des LEPro abstimmt – vielleicht auch erst übermorgen, wenn es zu einer dritten Lesung kommen sollte – werden wieder Menschen protestieren. Klimaschutz ist keineswegs ein Thema, das nur diejenigen interessiert, die am vergangenen Wochenende in Kopenhagen durch die Straßen gezogen sind, um ein effektives und gerechtes Klimaschutz-Abkommen zu verlangen. Auch wenn in diesen Tagen viele auf die dänische Hauptstadt schauen, auch in Düsseldorf interessieren sich die Menschen für das Thema, denn sie wissen, dass Nordrhein-Westfalen beim Klimaschutz in Deutschland eine Schlüsselrolle spielt – und sie verlangen, dass Landtag und Landesregierung dem auch gerecht werden.

Kontakt: Ferdinand Dürr, fdurr@campact.de, 0176-21719335